Inhalt

Rundbrief 1/2022 Sudan/Südsudan

Koordinationsgruppe 2054  
Sudan/Südsudan

Sudan

Chronik Januar – Juli 2022 3

Gewalt gegen die Zivilbevölkerung 6

Interview mit der Menschenrechtsaktivistin Shadia **Abdelmoneim 8**

Einschätzung Situation im Sudan 8

Südsudan

Menschenrechtsverpflichtungen für den Südsudan 9

Amnesty Bericht zu konfliktbedingter sexueller Gewalt und Straflosigkeit 15

Link zur Petition 18

**Magai Matiop Ngong wurde am 22. März 2022 freigelassen 18**

Text unter der Graphik: In South Sudan, Conflict-related sexual violence that is still ongoing is facilitated by guns. Impunity for rape and other forms of CRSV is still the norm and there are no protection mechanisms for survivors, witnesses and judicial actors. © Private and unrestricted use

**AMNESTY INTERNATIONAL** Deutschland e. V.

Koordinationsgruppe Sudan/Südsudan

Martina Liedke

E: info@amnesty-sudan.de. W: www.amnesty-zentral-ostafrika.de

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft   
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX

**Sudan**

**Chronik Januar-Juli 2022**

Januar

Die Vereinten Nationen (UN) starten die Initiative „Intra-sudanesischer poilitischer Prozess“. Alle wichtigen sudanesischen zivilen und militärischen Akteure sind eingeladen sich zu beteiligen - von bewaffneten Bewegungen zu politischen Parteien bis zu zivilen - und Frauengruppen. Die Initiative soll die Interessengruppen dabei unterstützen einen gemeinsamen Weg aus der aktuellen politischen Krise und Richtung Demokratie und Frieden zu finden. Nicht alle Akteure sind jedoch dazu bereit. Die „Sudanese Professionals Association“ (Sudanesische Berufsvereinigung) gab eine Erklärung ab, in der sie die Initiative der UN zurückwies, da sie „versuche eine Normalisierung gemeinsam mit den Verbrechern des Militärputschrats voranzutreiben.“ Die National Umma Partei (NUP) „wisse das Angebot zu schätzen, hob aber auch hervor, dass sie hinter der sudanesischen Bevölkerung stehen, die gegen den Staatsstreich vom 25.Oktober 2021 ankämpfen. Die Entscheidungen dessen müssten rückgängig gemacht werden und die zivile Ordnung sowie die verfassungsrechtliche Legitimität wieder hergestellt werden.“ Die arabischen Staaten begrüßen die Entscheidung der UN. [[1]](#footnote-1)

Das sudanesische Ministerium für Information und Kultur entzieht *Al Jazeera Live* die Lizenz und schließt deren Büro in Khartoum. Der Sender hat Live – Berichterstattungen über die anhaltenden Massenproteste und zivilen Ungehorsam im ganzen Land seit dem Militärputsch vom 25. Oktober vergangenen Jahres übertragen. Laut dem Gesetz für Presse und Presseveröffentlichungen ist allerdings der Nationale Rat für Presse und Presseveröffentlichungen verantwortlich für Lizenzen, Regulation und Überwachung von ausländischen Berichterstattern und nicht das genannte Ministerium. Der Chefredakteur der unabhängigen Tageszeitung *El Jareeda* verurteilte den Akt „als Unterdrückung von Journalisten, die ihre Pflicht tun.“ Der Vorbereitungsausschuss des sudanesischen Journalistensyndikats gab an, dass Al Jazeera das Recht habe, eine Verwaltungsbeschwerde einzureichen.

Seit dem Putsch im vergangenen Oktober sind Journalist\*innen zunehmend Gewalt und Strafverfolgungen ausgesetzt. [[2]](#footnote-2)2

[[3]](#footnote-3)1[Sudan opposition divided over UN initiative for dialogue | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-opposition-divided-over-un-initiative-for-dialogue)

[[4]](#footnote-4)2[Sudan closes office of Al Jazeera Live channel | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-closes-office-of-al-jazeera-live-channel)

Februar/März

Anfang Februar kommt es erneut zu Protesten der Zivilbevölkerung im ganzen Land, die den Umsturz der Putschisten und eine Zivilregierung fordern. In Khartoum reagierte das Militär, indem Straßen und Brücken gesperrt wurden. Versammlungen im Zentrum der Stadt wurden vom staatlichen Sicherheitskomitee verboten. Die sudanesische sozialistische Ärztevereinigung meldete, dass mit exzessiver Gewalt gegen die Demonstrierenden vorgegangen wurde. Es kam zum Einsatz von scharfer Munition, Gummigeschossen und Tränengas, was zu 63 Verletzten geführt habe. [[5]](#footnote-5)1

Laut Radio Dabanga wurden am 5.März drei Menschenrechtsaktivisten in ihrem Auto in Jebel Moon, West Darfur beschossen. Zwei der Insassen sterben sofort, die dritte Person erliegt ihren Verletzungen am nächsten Tag. Der Vorfall wird durch die irische Organisation *Front Line Defenders* bestätigt.

Bei den Verstorbenen handelt es sich um Yousef Yaqoub Ahmed, Mohammed Ibrahim Yahya und

Mohamed Eldai Musa. Alle drei waren Mitglieder des *Darfur Human Rights Monitor Network. [[6]](#footnote-6)2*

[Sudan opposition divided over UN initiative for dialogue | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-opposition-divided-over-un-initiative-for-dialogue)

2[Sudan closes office of Al Jazeera Live channel | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-closes-office-of-al-jazeera-live-channel)

Das „*Komitee zur Verteidigung von willkürlicher und unrechtmäßiger Inhaftierung Betroffenen*“ berichtet über die Inhaftierung dutzender Aktivist\*innen am Vortag des internationalen Frauentags in Khartoum. Demonstrierende hatten den Umsturz des Putschregimes und den Übergang zur Demokratie gefordert. Die Demonstration sollte der Ankündigung geplanter Märsche verschiedener Organisationen wie der *Sudanesischen Frauenvereinigung (Sudanese Women's Union)* und der *Koordinierung des Widerstandskommitees (the Resistance Committee's Coordination)* am Frauentag dienen. [[7]](#footnote-7)3

[[8]](#footnote-8)1[Protests across Sudan continue despite coup force blockades | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/protests-across-sudan-continue-despite-coup-force-blockades)

[[9]](#footnote-9)2[Human rights activists shot dead in West Darfur | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/three-human-rights-activists-shot-dead-in-west-darfur)

[[10]](#footnote-10)3 [Activists arrested in Sudan ahead of today’s women’s marches | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/activists-arrested-in-preparation-of-today-s-women-s-marches) )

April

Anfang April beschuldigt Gen. Abdelfattah El Burhan, Vorsitzender des Souverenitätsrats, den Vorsitzenden von UNITAMS (UN Integrated Transition Assistance Mission in Sudan) Volker Perthes sich zu sehr in sudanesische Angelegenheiten einzumischen. El Burhan reagierte damit auf einen Appell von Perthes an den UN Sicherheitsrat: „ ... und ich spreche heute hier zu Ihnen mit einem Gefühl der Dringlichkeit, das auch sudanesische Akteure, besorgt um die Stabilität und Existenz ihres Landes, empfinden.“ Er ermahnte, Kriminalität und Gesetzlosigkeit hätten zugenommen.

Auch der sudanesische Außenminister kritisierte Perthes und forderte, UNITAMS solle sich auf andere Aspekte fokussieren wie die Unterstützung des Friedensabkommens von Juba. UNITAMS zeigte sich unbeeindruckt. ([[11]](#footnote-11)1)

DW berichtet, dass sich am 24.Februar - dem Tag, an dem Russland die Ukraine angriff, Mohamed Hamdan Dagalo, bekannt als „Hemeti“ zu hochrangigen Gesprächen in Moskau aufhielt. Hemeti ist stellvertretender Präsident und früherer Kommandant der RSF (Rapid Support Forces) des Bashir Regimes. Christine-Felice Röhrs von der Ebert-Stiftung: "Man fürchtet, der Sudan könne in die gleiche internationale Isolation wie während des Baschir-Regimes zurückfallen. Ausgerechnet jetzt potentiell engere Verbindungen mitRussland zu unterhalten, das international zum Paria geworden ist: Das löst Alarmglocken aus." Die sudanesische Zivilgesellschaft sei entschieden gegen den russischen Einfluss, äußerte sich auch der in London lebende Aktivist Mohammed Elnaiem im DW-Gespräch. ([[12]](#footnote-12)2)

([[13]](#footnote-13)1)[Sudan’s Gen El Burhan threatens to expel UNITAMS head for ‘interference’ | RadioDabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-s-gen-el-burhan-threatens-to-expel-unitams-head-for-interference)

([[14]](#footnote-14)2)[Sudan: Abschied von den UN, Umarmung mit Moskau? | Nahost | DW | 20.04.2022](https://www.dw.com/de/sudan-abschied-von-den-un-umarmung-mit-moskau/a-61523136)

Mai/Juni

Am 2. Mai werden 14 Personen aus mehreren Gefängnissen und Internierungslagern im ganzen Land frei gelassen, die während der Anti-Putsch-Proteste inhaftiert wurden. Das Versprechen hierzu gab Gen. Abdelfattah El Burhan, Präsident des Souveränitätsrats, bereits im April um eine Atmosphäre für den Dialog zu schaffen. Druck kam von Seiten der *„Sudan Emergency Lawers“*.

Allerdings wurde schon wenige Tage später ein solidarisches Sit-In von Angehörigen inhaftierter Personen des Soba-Gefängnisses in Khartoum von Regierungstruppen aufgelöst.

Im Soba-Gefängnis kommt es außerdem zu einem Hungerstreik politisch Inhaftierter, die eine Freilassung oder eine faires Verfahren fordern. ([[15]](#footnote-15)1)

Das sudanesische Militär hat eine Offensive gegen die äthiopischen Streitkräfte entlang der umstrittenen al-Fashaga-Grenze zu Äthiopien gestartet, nachdem die angebliche Hinrichtung von sieben sudanesischen Soldaten und einem Zivilisten die Spannungen zwischen den beiden Ländern verschärft hat. Die sudanesische Seite behauptet, dass die betroffenen Personen von sudanesischem Territorium nach Äthiopien verschleppt wurden, während Äthiopien dies dementiert. Abdul Fattah al-Burhan, aktuelles Staatsoberhaupt und Oberhaupt des sudanesischen Militärs, besuchte die Frontregion zur Machtdemonstration.

Ein anonymer äthiopischer Beamter erklärte *middleeasteye.net (MME)*: „Der Grund für diesen katastrophalen Vorfall ist, dass eine Einheit der sudanesischen Armee ohne ersichtlichen Grund die Grenze nach Äthiopien überquerte und sich mit einer lokalen Miliz überwarf.“ Es wird angenommen, dass der Übertritt nach Äthiopien mit Hilfe der *Tigray People's Liberation Front (TPLF)* erfolgte, was „eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Äthiopiens ist“.

Die Meinungen bezüglich des al-Fashaga-Konflikts sind innerhalb der sudanesischen politischen Parteien und Anti-Militär-Protestgruppen gespalten. ([[16]](#footnote-16)2)

([[17]](#footnote-17)1)[Sudan Emergency Lawyers: ‘14 revolutionaries released at Eid’ | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-emergency-lawyers-14-revolutionaries-released-at-eid)

[Sudan political detainees on hunger strike | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-political-detainees-on-hunger-strike)

([[18]](#footnote-18)2)([Sudan launches assault on Ethiopia after alleged executions | Middle East Eye](https://www.middleeasteye.net/news/sudan-ethiopia-assault-launched-after-alleged-executions) )

Human Rights Watch fasst in einem neuen Bericht die schweren Menschenrechtsverletzungen bei Angriffen gegen die Zivilbevölkerung in West-Darfur zusammen.(1)

Dort berichten die Vereinten Nationen, dass bei dem jüngsten Angriff auf die Zivilbevölkerung in der Stadt Kulbus und den benachbarten Dörfern in West-Darfur zwischen dem 6. und 11. Juni mindestens 125 Menschen, darunter fünf Kinder, getötet, über 100 verletzt und 33.000 Menschen vertrieben wurden. Die meisten Opfer sollen der nicht-arabischen Gemeinschaft der Gimir angehören. Die Angreifer haben Berichten zufolge Häuser und Bauernhöfe niedergebrannt und Vieh geraubt.

(1)<https://www.hrw.org/de/news/2022/06/24/sudan-erneut-toedliche-angriffe-west-darfur>

Im Juni wurde eine junge Frau wegen Ehebruchs zum Tode verurteilt. Die Anklage liegt momentan noch beim höchsten Gericht. Falls sie rechtskräftig wird, droht der Frau die Hinrichtung durch Steinigung.

[20-YEAR-OLD WOMAN SENTENCED TO DEATH BY STONING FOR ADULTERY – African Centre for Justice and Peace Studies](http://www.acjps.org/20-year-old-woman-sentenced-to-death-by-stoning-for-adultery/)

Juli

Radio Dabanga berichtet über Unruhen in Darfur: Die Bewohner des Lagers für Binnenvertriebene in Zamzam haben die Behörden aufgefordert, während der Landwirtschaftssaison Schutzkräfte einzusetzen, um sie bei der Bewirtschaftung ihrer Felder zu schützen, da sie sich durch bewaffnete Banden nicht sicher fühlen. Unter anderem kam es zu einem bewaffneten Raubüberfall in der Nähe von El Gallab auf der Straße zwischen Nyala und El Fasher, bei dem ein Fahrzeug entführt und ein weiteres umgeworfen wurde. Der Vorfall sei bei den in der Nähe des Lagers stationierten Streitkräften angezeigt worden, jedoch wurde nichts unternommen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Souveränitätsrates und Oberbefehlshaber der „Rapid Support Forces“, Mohamed "Hemeti" Dagalo, bestätigte die Existenz von Gruppen, die durch die Einrichtung illegaler "Mautstellen" in Nord-Darfur Gelder eintreiben. Er forderte die Gruppen auf, diese Mautstellen innerhalb von 24 Stunden zu entfernen. ([[19]](#footnote-19)1)

([[20]](#footnote-20)1)[North Darfur farmers call for protection from bandits | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/north-darfur-farmers-call-for-protection-from-bandits)

In der sudanesischen Provinz Blauer Nil ist es Ende Juli zu schweren Ausschreitungen zwischen verschiedenen Stämmen mit über 100 Toten gekommen.

[Blue Nile: Inter-tribal conflicts leave hundreds killed, injured and displaced – African Centre for Justice and Peace Studies](http://www.acjps.org/blue-nile-inter-tribal-conflicts-leave-hundreds-killed-injured-and-displaced/)

**Gewalt gegen die Zivilbevölkerung**

Immer wieder kommt es seit dem Militärputsch vom 25.Oktober 2021 bei friedlichen Protesten der Zivilbevölkerung gegen das Militärregime zu exzessiver Gewalt gegen die Zivilisten, darunter auch tödliche Übergriffe.

Allein am 17.Januar berichteten Ärzte aus Khartoum von 7 Toten, 3 davon wurden von Human Rights Watch dokumentiert, indem Zeugen angehört und auf Facebook gepostete Videos analysiert wurden. Außer Schlägen sei es zum Einsatz von scharfer Munition und Tränengas gekommen. Dabei seien auch Tränengas-Kanister direkt in die Menschenmenge geworfen worden. Involviert gewesen seien die Central Reserve Police (CRP) – eine militärische Polizei-Einheit – , die Anti-Aufruhr-Polizei und die reguläre Polizei. Dieser Einsatz verschiedener Kräfte erschwere es eine klare Befehlskette zu identifizieren um die Beteiligten zur Verantwortung zu ziehen, teilte ein Staatsanwalt aus Khartoum Human Rights Watch mit. Das Zentrale Komitee sudanesischer Ärzte berichtet von insgesamt 79 getöteten Personen seit der Machtübernahme durch das Militär.

Auch Radio Dabanga berichtet kontinuierlich über Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung. Am 21. März wird der 17-jährige Babiker El Rashid beim Marsch der Millionen in Omdurman von den vereinten Sicherheitskräften erschossen. Obwohl die Demonstration friedlich verlief, wird berichtet, dass außerdem Tränengas, Betäubungsgranaten und Gummigeschosse gegen die Protestierenden eingesetzt wurden. Der Marsch wurde abgehalten um die Würde für Lehrer wieder herzustellen nachdem es wochenlang Lehrerstreiks auf Grund von Lohnstreitigkeiten und Misshandlungen durch Behörden gegeben hatte. Auch in weiteren sudanesischen Städten wurde er abgehalten.([[21]](#footnote-21)1)

Amnesty International startet im Februar eine Urgent Action gegen die willkürliche Inhaftierung zweier Jugendliche: Mohammed Adam, 17 Jahre, und Mohammed al-Fatih, 18 Jahre. Beidewurden bereits am 14.Januar festgenommen nachdem sie einen Tag vorher bei einer Anti-Putsch-Demonstration zugegen waren. Mohammed Adam erlitt dort eine Schussverletzung am Bein. Es gibt bislang keine ärztliche Versorgung oder einen Rechtsbeistand und Angehörige berichten von Misshandlungen. Die Festnahmen von Mohammed Adam und Mohammed al-Fatih stehen vermutlich, wenn auch nicht bestätigt, in Verbindung mit der Tötung eines Polizeibrigadiers während der Protestveranstaltung am 13. Januar in Khartum. Man geht davon aus, dass die Behörden Mohammed Adam und Mohammed al-Fatih für dessen Tod verantwortlich machen, obwohl es keine Beweise für diese Vermutung gibt.

Zur Urgent Action: [Urgent Action SUDAN: JUGENDLICHE PROTESTIERENDE INHAFTIERT UND GEFOLTERT – Regionalverbund Zentral-Ostafrika (amnesty-zentral-ostafrika.de)](https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2022/03/urgent-action-sudan-jugendliche-protestierende-inhaftiert-und-gefoltert/)

Am 6.April finden landesweit Jubiläums-Demonstrationen zum Gedenken an die Proteste vor 3 Jahren statt, die zum Umsturz des Bashir-Regimes geführt hatten. Laut Angaben des Zentralkommittees sudanesischer Ärzte (Central Committee of Sudanese Doctors, CCSD) gibt es einen Toten und mind. 78 Verletzte zu beklagen. Der 19jährige Al Tayeb Abdelwahab wurde durch Putschisten angeschossen und starb an seiner Verletzung. Es wurden u.a.Tränengas und Gummigeschosse eingesetzt. Dies geschah laut des Kommittees auch in direkter Nähe zu Krankenhäusern. Die Vereinigung „*Unified Office of Doctors in Sudan“* erklärte, die Belagerung der verschiedenen Krankenhäuser im Sudan sei ein "eklatanter Verstoß der Putschisten und die Fortsetzung einer Reihe von Eingriffen in Gesundheitseinrichtungen, die die Rechte der Patienten verletzen". In der Erklärung wurde an alle Ärzte vor Ort appelliert, "die Krankenhäuser bei der Behandlung der Verwundeten und Verletzten zu unterstützen".([[22]](#footnote-22)2)

Ende Mai lässt das CCSD (Central Committee of Sudanese Doctors) verlauten, dass es nach dem letzten tödlichen Zwischenfall während eines friedlichen Protests nun 96 Todesopfer durch militärische Gewalt an Zivilisten seit dem Putsch im Oktober 2021 gebe.([[23]](#footnote-23)3)

Hunderte von Demonstrierenden sind seit dem Putsch unrechtmäßig inhaftiert worden oder verschwunden. Mohamed Osman, Researcher bei Human Rights Watch: „ Seit Monaten werden Menschen – auch Kinder - , die ihre Ablehnung gegen das Militärregime zum Ausdruck bringen, misshandelt oder illegal weggesperrt.“ Human Rights Watch führte zwischen Februar und April 2022 Interviews mit ehemaligen Inhaftierten oder Familienangehörigen von Inhaftierten durch.([[24]](#footnote-24)4)

(1)[Another teenager killed by Sudan security forces in Marches of the Millions to 'restore teachers' dignity' | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/another-teenager-killed-by-security-forces-in-marches-of-the-millions-to-restore-teachers-dignity)

(2)[Sudan doctors: One dead, at least 78 injured in April 6 anniversary protests | Radio Dabanga (dabangasudan.org)](https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-doctors-one-dead-at-least-78-injured-in-april-6-anniversary-protests)

(3)[One Killed, Dozens Wounded in Sudan Protests | Asharq AL-awsat (aawsat.com)](https://english.aawsat.com/home/article/3659406/one-killed-dozens-wounded-sudan-protests)

(4)[Sudan: Hundreds of Protesters Detained, Mistreated | Human Rights Watch (hrw.org)](https://www.hrw.org/news/2022/04/28/sudan-hundreds-protesters-detained-mistreated) )

**Interview mit der Menschenrechtsaktivistin Shadia Abdelmoneim im Amnesty-Journal Mai/ Juni 2022**

Im Mai haben zwei Mitglieder unserer Kogruppe ein Interview mit der Menschenrechtsaktivistin Shadia Abdelmoneim zum Thema Meinungsfreiheit und der Rolle der Frauen bei den Protesten gegen die Militärregierung im Sudan geführt.

Hier ist der Link zum Interview:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/sudan-repression-aktivistin-interview-shadia-abdelmoneim>

**Einschätzung der Situation im Sudan**

Seit dem Oktoberputsch 2021 sind nunmehr 9 sehr blutige und unruhige Monate vergangen und mit jedem Monat hat sich die Situation, die auch vorher schon sehr angespannt und schwierig war, noch weiter verschlechtert. Alle Lebensbereiche sind davon betroffen und fast alle Bevölkerungsgruppen bekommen diese Verschlechterung der Lebensqualität schmerzhaft zu spüren.

Durch die unaufhaltsam steigende Inflation sind die Lebenshaltungskosten noch einmal gestiegen, Lebensmittel und Transport werden für viele Menschen fast unerschwinglich.

Darüber hinaus wird den ohnehin unterbezahlten  Staatsangestellten wie Lehrern oder Ärzten das Gehalt entweder nicht oder mit großer Verzögerung ausgezahlt, so dass eine große Zahl von Familien nur durch Überweisungen von Exil-Sudanesen (zumeist aus den Golfstaaten oder Ägypten) überhaupt über die Runden kommen können. Gut bezahlt und mit vielen Annehmlichkeiten und Zuwendungen bedacht sind dahingegen nach wie vor die höheren Ränge der Streitkräfte, der Polizei,  der Sicherheitskräfte und natürlich der putsch-nahen Milizen.

Zusätzliche Erschwernisse des täglichen Lebens sind die ständigen Stromausfälle, tlw. gekoppelt mit Wasserknappheit, eine sehr schlecht organisierte Müllabfuhr und verstopfte Abflussgräben. Das Straßenbild ist dementsprechend desolat; dieser Eindruck wird durch viele Bettler, bes. auch Kinder, noch unterstrichen.

Dass sowohl der Gesundheits- als auch   der Bildungssektor sich nach wie vor in einem beklagenswerten Zustand befinden, sollte auch nicht unerwähnt bleiben. Jede etwas bessere (Privat-) Schule muss teuer bezahlt werden, fast alle Dienstleistungen im medizinischen Bereich ebenso. Leider mussten bereits spezialisierte Kliniken (Herz, Dialyse) schließen, die Versorgung mit Medikamenten ist mangelhaft.

Bei all dem hat die Regenzeit noch nicht einmal richtig begonnen, soll heißen, dass die oben beschriebene Situation sich in den kommenden Wochen noch um einiges verschlechtern wird. Malaria und Typhus evtl.auch Cholera werden wieder dann wieder verstärkt auftreten.

Zudem ist eine Zunahme von Gewalt und Gewaltverbrechen zu beobachten, sowohl in der Hauptstadt als auch in anderen Landesteilen (Darfur, Blue Nile, Kassala). Raubüberfälle von bewaffneten Gangs sind leider ebenso an der Tagesordnung wie gezielte Tötungen von Aktivisten, willkürliche Verhaftungen und Verschleppungen (auch von Minderjährigen) sowie willkürliche Verlegungen von Verhafteten in Gefängnisse in andere Landesteile....Eine Gruppe von mutigen Rechtsanwälten, die EMERGENCY LAWYERS, kümmert sich 24/7 um die Opfer, unter äußerst schwierigen und widrigen Bedingungen, und kämpft dafür,  dass die Verhafteten einen Rechtsbeistand und legale Verfahren erhalten.

Angesichts der oben beschriebenen Zustände ist es umso erstaunlicher und bewunderungswerter, dass die Menschen es nicht müde werden, seit nunmehr 9 Monaten alle paar Tage - auch im Fastenmonat Ramadan und bei Temperaturen in den hohen Dreißigern - auf die Straße zu gehen und FRIEDLICH! gegen die Militär-Putschisten zu demonstrieren, und dabei ihr Leben,  ihre Freiheit und ihre Gesundheit zu riskieren.

Die Opposition besteht aus zwei Lagern:

Der SCP, den Gewerkschaften, den RCs und 2 rebel movements, also eine breite grass-roots Bewegung, die einen radikalen politischen und gesellschaftlichen  Wandel anstrebt und jeglichen Kompromiss mit den Putschisten ablehnt, und den kompromissbereiten Gruppierungen, die eine Art "ägyptische" Lösung wie unter Al Sisi anzustreben scheint.

Die Putschisten selbst haben angekündigt, demnächst eine Regierung bilden zu wollen,  also ist momentan viel in Bewegung, vor allem aber auch die Menschen, die für die nächsten Wochen eine Serie von Groß-Demos angekündigt haben,  die auf einen Generalstreik zuführen sollen.

Der Bericht stammt direkt von einem Gruppenmitglied aus Khartoum !

Südsudan

Am 3. Februar 2022 veröffentlichte Amnesty International eine Erklärung

über Menschenrechtsverpflichtungen sowie Prioritäten der Regierung des Südsudan:

**HUMAN RIGHTS PRIORITIES FOR SOUTH SUDAN** (Index Number: AFR 65/5196/2022)

Der Bericht entstand in Zusammenarbeit mit Human Rights Watch und dem South Sudan Human Rights Defenders Network. Es werden zehn Problemfelder hervorgehoben, welche von der südsudanesischen Regierung als Prioritäten behandelt werden und die Grundlage für eine umfassende Menschenrechtsagenda bilden sollten:

**1. RECHT AUF LEBEN: RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN**

Die genaue Anzahl der getöteten Menschen im Rahmen des Konflikts, der im Dezember 2013 ausbrach, ist nicht bekannt. Schätzungen zufolge geht sie in die Hunderttausende.

Alle Konfliktparteien töteten vorsätzlich Zivilisten, darunter Frauen, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Vorsätzliche Angriffe auf Zivilisten stellen Kriegsverbrechen dar. Es finden fortwährend Angriffe auf Zivilisten in der Region Süd-Äquatoria statt, wo ein regionaler bewaffneter Konflikt zwischen der RTGoNU, der SPLA-IO und der Rebellengruppe National Salvation Front (NAS), die das Friedensabkommen nicht unterzeichnet hat, andauert. Die jüngsten Kämpfe fanden zwischen Juni und Oktober 2021 in Tambura, Westäquatoria, zwischen konkurrierenden lokalen Gruppen statt, die mit der SSPDF auf der einen Seite und der SPLA-IO auf der anderen Seite verbunden sind. Nach Angaben der lokalen Regierung wurden rund 300 Menschen getötet.

Die Kämpfe zwischen ethnischen Gruppen und zwischen Clans, einschließlich Viehdiebstählen, nahmen 2020 im ganzen Land zu.

Mit dem Ausbruch des Konflikts im Dezember 2013 nahmen außergerichtliche Tötungen zu, da der militärische Geheimdienst und der Nationale Sicherheitsdienst (NSS) tatsächliche und/oder vermeintliche Gegner der Regierung, darunter auch Menschenrechtsverteidiger und Journalisten töteten.

Zwischen der Unabhängigkeit im Jahr 2011 und dem 31. Dezember 2020 hat der Südsudan mindestens 4327 Personen hingerichtet, die zum Tode verurteilt worden waren. Darunter mindestens drei Personen, die zum Zeitpunkt der Verbrechen, für die sie verurteilt wurden, unter 18 Jahre alt waren.

**2. ZUGANG ZU HUMANITÄRER HILFELEISTUNG UND DAS RECHT AUF NAHRUNG UND WASSER**

Mehr als 7 Millionen Menschen im Südsudan haben keinen verlässlichen Zugang zu einer ausreichenden Menge an erschwinglichen und nahrhaften Nahrungsmitteln, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Die jüngste Bewertung der Ernährungssicherheit ergab, dass 2,5 Millionen Menschen stark von Ernährungsunsicherheit betroffen sind.

Die Nahrungsmittelproduktion wurde durch den Konflikt und die anhaltenden Kämpfe in den Äquatorialgebieten sowie durch Unsicherheit, einschließlich Gewalt und Viehdiebstählen, in Teilen des Landes stark eingeschränkt. Regierungstruppen und bewaffnete Oppositionsgruppen haben den Zugang der Zivilbevölkerung zu Nahrungsmitteln in den Bundesstaaten Äquatoria, Western Bar El Ghazal und Unity stark eingeschränkt. Die Versorgung wurde unterbrochen, Märkte und Häuser wurden geplündert, Produkte verbrannt und Zivilisten wurden angegriffen, selbst wenn sie auf ihren Feldern arbeiteten, aufgrund ihrer vermeintlichen ethnischen Zugehörigkeit. Mehr als zwei Millionen Menschen sind aus ihren Häusern geflohen und haben Zuflucht in anderen Ländern gesucht.

Nur 40 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Wasser und nur 10 Prozent zu angemessenen sanitären Einrichtungen. Der größte Teil des Landes ist gezwungen, verunreinigtes Wasser zu trinken. Das Fehlen eines angemessenen Zugangs zu sauberem Wasser beeinträchtigt die Fähigkeit der Menschen, Maßnahmen zu ergreifen, um Infektionen und die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern.

**3. RECHT AUF BILDUNG, EINSCHLIESSLICH DER EINHALTUNG DER ERKLÄRUNG ÜBER SICHERE SCHULEN**

Der Zugang zur Bildung ist sehr eingeschränkt. Laut UNICEF gehen mehr als zwei Millionen Kinder nicht zur Schule, weil Covid-19 und andere Probleme den Zugang zu Bildung erschweren. Die meisten dieser Kinder sind Mädchen. Armut, Kinderheirat, Teenagerschwangerschaften, Entführungen, Krieg und restriktive kulturelle und religiöse Vorstellungen über den Wert der Bildung von Mädchen haben zu dieser hohen Zahl von Kindern ohne Schulbildung beigetragen.

Die Regierung hat nach wie vor zu wenig in die Bildung investiert. Im Juni 2015 hat der Südsudan die "Safe Schools Declaration", eine zwischenstaatliche politische Vereinbarung zum Schutz der Bildung in bewaffneten Konflikten, gebilligt und verpflichtete sich damit, Schulen und Universitäten vor militärischer Nutzung in bewaffneten Konflikten zu schützen.

Entgegen der Erklärung werden jedoch weiterhin Angriffe auf das Bildungswesen verübt, darunter die Nutzung von Schulen durch bewaffnete Kräfte und Gruppen, Angriffe auf Schulen sowie Angriffe auf Schüler und Lehrer.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2018 meldeten die Vereinten Nationen die militärische Nutzung von 35 Schulen als Schlafräume und Stützpunkte, und insgesamt 85 Schulen, die von Streitkräften oder bewaffneten Gruppen geräumt wurden. Im Jahr 2020 meldeten die Vereinten Nationen die militärische Nutzung von 10 Schulen. Im September 2021 meldeten die Vereinten Nationen die militärische Nutzung von Schulen durch die SPLA-IO in West-Bar el Ghazal.

**4. RECHT AUF GESUNDHEIT**

Die Regierung kommt weiterhin nicht ihrer Verpflichtung nach, das Recht auf Gesundheit für alle Menschen im Land zu achten, zu schützen und zu erfüllen. Die Südsudanesen sterben weiterhin in hoher Zahl an vermeidbaren Krankheiten und anderen Leiden aufgrund von unzureichenden Gesundheitseinrichtungen. Dies verschärft sich durch Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen und Mediziner durch Regierungstruppen Streitkräfte, bewaffnete Oppositionsgruppen, Bürgerwehren und Milizen.

Im Staatshaushalt 2019-2020 wurden nur 2,8 Prozent (rund 14 Millionen US-Dollar) für die öffentliche Gesundheit bereitgestellt. Im Jahr 2019 wurden etwa 80 Prozent der Gesundheitsdienste im Südsudan von internationalen Organisationen erbracht.

Trotz der hohen Prävalenz von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, sowohl im Zusammenhang mit dem Konflikt als auch außerhalb von Konfliktsituationen, haben Überlebende keinen angemessenen Zugang zu geeigneten öffentlichen Gesundheitsdiensten.

Zu Beginn der Pandemie verfügte der Südsudan über vier Beatmungsgeräte und 24 Betten auf der Intensivstation für eine Bevölkerung von 12 Millionen Menschen. Dem Gesundheitspersonal an vorderster Front, insbesondere in Gebieten außerhalb von Juba, fehlte es an angemessener persönlicher Schutzausrüstung wie Masken und Handschuhen, und sie wurden häufig von Sicherheitskräften schikaniert.

Trotz weit verbreiteter posttraumatischer Belastungsstörungen in der Bevölkerung sind die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von psychosozialen und psychosozialen Unterstützungsdiensten nach wie vor äußerst begrenzt. Es gibt nur drei Psychiater, die das ganze Land versorgen.

**5. RECHTE DER KINDER**

65 Prozent der mehr als 2,3 Millionen Flüchtlinge, die vor dem jüngsten Konflikt, der 2013 ausbrach, geflohen sind, sind Kinder. Im Jahr 2018 waren schätzungsweise 65 Prozent der Kinder ohne Papiere und im November 2021 berichtet UNICEF, dass nur eines von drei Kindern bei der Geburt registriert ist, was zu potenziell staatenlosen Kindern führt und den Zugang zu medizinischer Versorgung und Grundbildung verhindert.

Schätzungsweise 1,4 Millionen Kinder unter fünf Jahren haben keinen Zugang zu Nahrungsmitteln und zwischen April und Juli 2021 an schwerer akuter Unterernährung leiden.

Seit dem Ausbruch des Konflikts im Dezember 2013 kommt es immer wieder zu schwerwiegenden Verstößen und Missbräuchen gegen Kinder durch bewaffnete Gruppen und Sicherheitskräfte der Regierung, von denen einige als Kriegsverbrechen einzustufen sind, darunter Vorfälle sexueller Gewalt, die Rekrutierung und der Einsatz von Kindern in Kampfhandlungen sowie als Träger, Köche und Spione. Sowohl die Regierung als auch bewaffnete Gruppen töten, verletzen, verstümmeln und entführen weiterhin Kinder.

Die Rehabilitierung und Wiedereingliederung von Kindersoldaten ist nach wie vor eine Herausforderung, da es an Dienstleistungen und sozialen und psychosozialen Ressourcen mangelt.

In den von der Regierung betriebenen Gefängnissen werden Kinder entgegen dem Völkerrecht häufig mit erwachsenen Häftlingen zusammengeführt und

und sind Misshandlungen, einschließlich sexueller Gewalt, ausgesetzt. Der Nationale Sicherheitsdienst hat Kinder im Alter von 13 Jahren inhaftiert die beschuldigt wurden, Rebellen zu unterstützen oder andere Verbrechen gegen die nationale Sicherheit begangen zu haben.

Im Jahr 2015 schätzte UNICEF, dass 35.000 Kinder auf der Straße leben und arbeiten, was sie anfällig für Missbrauch und Ausbeutung macht. UNICEF berichtet dass die Zahl der Kinder, die auf der Straße leben, aufgrund von Covid-19 gestiegen ist.

Zwangsverheiratungen von Mädchen und Frauen sind ebenfalls weit verbreitet. Die Kinderheirat hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Verwirklichung der wichtigsten Menschenrechte von Frauen und Mädchen. Der Südsudan hat zwar einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Kinderheirat und Gesetze, die Kinder- und Zwangsheirat unter Strafe stellen, doch sind die Bestimmungen in diesen Gesetzen oft unklar und widersprüchlich.

**6. RECHT AUF FREIHEIT**

Die Übergangsverfassung von 2011, die Strafprozessordnung von 2008, das Kindergesetz von 2008 und das Strafvollzugsgesetz von 2011 bieten alle einen ordnungsgemäßen Verfahrensschutz.

Nach dem Gesetz sollte die Gesamtdauer der Untersuchungshaft sechs Monate nicht überschreiten, es sei denn, das zuständige Berufungsgericht stimmt zu, aber diese Grenze wird oft nicht respektiert.79

Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Nationale Menschenrechtskommission des Südsudan, Amnesty International und Human Rights Watch, haben willkürliche Verhaftungen und lange Inhaftierungen durch Sicherheitskräfte des Südsudan, insbesondere der NSS, von wirklichen und vermeintlichen Gegnern, Regierungskritiker und Journalisten festgestellt.

Mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Dezember 2013 verschärften der militärische Nachrichtendienst der Armee (MID) und der NSS ihr Vorgehen gegen Personen, die beschuldigt wurden bewaffnete Oppositionsgruppen zu unterstützen oder die Regierung zu kritisieren, und nahmen sie gezielt ins Visier. Die meisten wurden inhaftiert und unter schlechten Bedingungen festgehalten und in einigen Fällen gefoltert oder geschlagen. Die meisten wurden nie angeklagt oder vor ein Gericht gestellt, und ihnen wurde der Zugang zu einem Anwalt und ihrer Familie verweigert. Dies steht im Widerspruch zur südsudanesischen Übergangsverfassung von 2011, die vorschreibt, dass Inhaftierte innerhalb von 24 Stunden einem Gericht vorgeführt werden müssen.

Diese Praktiken der rechtswidrigen Inhaftierung führen dazu, dass die Inhaftierten dem Verschwindenlassen, Tod in Haft und außergerichtlichen Tötungen ausgesetzt sind.

**7. RECHTE VON FRAUEN UND MÄDCHEN**

Die Rechte von Mädchen und Frauen im Südsudan werden nach wie vor erheblich eingeschränkt. Frauen und Mädchen sind in ihrem Alltag mit unzähligen Härten und Hürden konfrontiert, darunter ein hohes Maß an Armut, geringe Alphabetisierung, ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede in der Bildung und politischer Repräsentation, und die höchste Müttersterblichkeitsrate der Welt.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist weit verbreitet. Obwohl sie durch die jahrelangen Konflikte noch verschärft wurde, beruhen diese Formen des Missbrauchs auch auf seit langem bestehenden patriarchalischen Systemen, was es noch schwieriger macht, sie zu beseitigen.

Die Ehe prägt die Erfahrungen, den Status und die Sicherheit der südsudanesischen Frauen und ist das Zentrum vieler Verletzungen ihrer Rechte. Gewohnheitsrechtliche Praktiken messen der Zahlung der Mitgift und den daraus resultierenden Rechten des Ehemanns gegenüber seiner Frau große soziale und wirtschaftliche Bedeutung bei. Geschlechterstereotypen führen dazu, dass die Frau als Eigentum ihrer Familie oder ihres Ehemannes betrachtet wird. Dies hat die Wahrscheinlichkeit von Gewalt gegen Frauen erhöht.

Die weit verbreiteten Kinder- und Zwangsverheiratungen wirken sich nachteilig auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit von Frauen und Mädchen aus. Während des Konflikts haben Frauen und Mädchen in unterschiedlicher Weise gelitten. Regierungs- und Oppositionskräfte verübten weit verbreitete sexuelle Gewalt, darunter Vergewaltigung, Gruppenvergewaltigung, sexuelle Sklaverei, sexuelle Verstümmelung, Folter oder erzwungene Nacktheit.

Der durch die Kämpfe erschwerte Zugang zur Gesundheitsversorgung hat zu vermeidbaren Todesfällen bei Frauen geführt, z. B. bei der Entbindung. Der Zugang zu Gesundheitsfürsorge, Gerechtigkeit und anderen Rechtsmitteln wie Wiedergutmachung für konfliktbedingte Vergewaltigungen ist dringend erforderlich.

**8. FREIHEIT VON FOLTER**

Die südsudanesische Übergangsverfassung von 2011 verbietet Folter sowie grausame, unmenschliche und erniedrigende Bestrafung. Dennoch werden Folter und Misshandlung von der Polizei, dem NSS und dem militärischen Geheimdienst bei Verhaftungen und Inhaftierungen praktiziert. Menschen, darunter politische Gegner, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten, wurden in Polizeigewahrsam schikaniert, geschlagen, vergewaltigt oder gefoltert bevor sie ins Gefängnis verlegt wurden.

Aufgrund der weit verbreiteten Stigmatisierung und unzureichender psychosozialer Dienste können Menschen mit psychosozialen Behinderungen willkürlich in Gefängnissen inhaftiert werden, selbst wenn sie keine Straftat begangen haben. Human Rights Watch und Amnesty

International haben dokumentiert, dass Menschen mit psychosozialen Behinderungen in Gefängnissen nackt, angekettet oder in Einzelhaft gehalten werden.

**9. ZIVILER RAUM**

**RECHT AUF PRIVATSPHÄRE**

Die Übergangsverfassung von 2011 verbietet Eingriffe in das Privatleben, die Familie, die Wohnung und den Schriftverkehr. Behörden haben jedoch rechtswidrige Überwachungen von Personen vorgenommen, einschließlich physischer, telefonischer und digitaler Überwachung.

Der NSS kann die Kommunikation wahrscheinlich nur in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsdienstleistern abhören. Abgehörte Telefongespräche wurden vor Gericht als Beweismittel vorgelegt, einem Häftling in Verhören erzählt und haben offenbar Hinweise für willkürliche Verhaftungen geliefert.

**MEINUNGSFREIHEIT, RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG, RECHT AUF FRIEDLICHE VERSAMMLUNG UND RECHT AUF INFORMATION**

Obwohl das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung in der Übergangsverfassung von 2011 verankert ist haben die südsudanesischen Behörden Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten schikaniert, inhaftiert und verfolgt. Diese Angriffe haben zu einer Selbstzensur und einem Rückgang des zivilgesellschaftlichen Raums geführt.

Der NSS ist auch in den Nachbarländern aktiv, wo sie Menschenrechtsverteidiger und Journalisten bedrohen und gewaltsam verschwinden lassen.

Die Nationale Kommunikationsbehörde des Südsudan, die NSS-Agenten und die Medienbehörde, eine Aufsichtsbehörde, sind verantwortlich für die Zensur der Medien, die Suspendierung und Schließung von Nachrichtensendern, die Beschlagnahmung von Zeitungen, die Sperrung des Zugangs zu prominenten Nachrichtenseiten, den Entzug oder die Verweigerung der Akkreditierung ausländischer Korrespondenten, willkürliche Verhaftungen und Inhaftierung von Personen, die angeblich für kritische Beiträge in sozialen Medien veröffentlicht haben.

Informationen, die eigentlich öffentlich sein sollten, einschließlich Gesetze und Gerichtsurteile, werden von vielen Regierungsbeamten geheim gehalten und als geheim eingestuft, wodurch das Recht auf Information eingeschränkt wird.

**10. RECHT AUF WAHRHEIT, GERECHTIGKEIT UND WIEDERGUTMACHUNG**

Nach sieben Jahren bewaffneten Konflikts, der durch schwere Verbrechen gegen das Völkerrecht und andere Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet ist, ist der Zugang zur Justiz für die Opfer nach wie vor versperrt. Trotz einiger wenigen Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit sexueller Gewalt ist die Straflosigkeit für die überwältigende Mehrheit der weit verbreiteten Missbräuche und Verstöße als Norm verankert und schürt weiterhin den Kreislauf der Gewalt. Den Opfern fehlt der Zugang zu Wiedergutmachung, medizinischen und psychosozialen Diensten.

Den Zivilgerichten fehlt es an Unabhängigkeit. Staatsanwälte folgen den Weisungen der Exekutive, und Richter erfahren politische Einmischung. Militärgerichte sind nicht unabhängig, da der Präsident die Macht hat, Gerichtsentscheidungen zu bestätigen oder abzulehnen.

Der Regierung fehlt der politische Wille, die Verantwortlichen für schwere Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Personen, die vom UN-Sicherheitsrat wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an schweren Verbrechen sanktioniert wurden, wurden befördert.

Den von der Regierung geleiteten Untersuchungsausschüssen mangelt es an Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, und mit einer Ausnahme haben sie nicht zu einer strafrechtlichen Verfolgung schwerer Verbrechen geführt.

2015 und 2018 verpflichteten sich die Parteien der (wiederbelebten) Friedensabkommen zu einem ganzheitlichen Prozess der Übergangsjustiz. Kapitel V sieht eine Kommission für Wahrheit, Versöhnung und Heilung (Commission for Truth Reconciliation and Healing, CTRH), eine Entschädigungs- und Wiedergutmachungsbehörde (Compensation and Reparations Authority, CRA) und einen Hybridgerichtshof für den Südsudan (Hybrid Court for South Sudan, HCSS) vor, um das Erbe der vergangenen Gewalt aufzuarbeiten und Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung für die Opfer des Konflikts zu schaffen.

Am 29. Januar 2021 billigte das südsudanesische Kabinett die Umsetzung der in den Friedensverträgen von 2015 und 2018 vorgesehenen Rechenschaftsmechanismen, die in den Friedensabkommen von 2015 und 2018 vorgesehen sind. Dieser Schritt ermächtigt den Minister für Justiz und Verfassungsangelegenheiten, die Einrichtung dieser Mechanismen voranzutreiben. Während diese Entwicklung das Potenzial hat, die strafrechtliche Rechenschaftspflicht für diejenigen, die in die schlimmsten Missbräuche und Verstöße verwickelt sind, zu ermöglichen, bleibt jedoch unklar, ob diese Neuverpflichtung durch konkrete Maßnahmen unterstützt und begleitet wird.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts hatte die Regierung jedoch lediglich den technischen Ausschuss für die Einrichtung des CTRH rekonstituiert, und eine UN-Agentur hatte mit der Ausbildung der Ausschussmitglieder begonnen.

Die Regierung verzögert und blockiert weiterhin die Einrichtung des HCSS.

Ein zweiter Bericht von AI aus diesem Jahr befasst sich mit dem Thema konfliktbedingte sexuelle Gewalt:

**"WENN DU NICHT KOOPERIERST, WERDE ICH DICH ERSCHIESSEN"**

**KONFLIKTBEDINGTE SEXUELLE GEWALT UND STRAFLOSIGKEIT IM SÜDSUDAN**

[**https://amnesty-zentral-ostafrika.de/wp-content/uploads/18/AFR-65\_5569\_2022\_If-you-dont-cooperate-Ill-gun-you-down\_CRSV-and-impunity-in-South-Sudan\_Report\_18-May-2022\_FINAL-1-1.pdf**](https://amnesty-zentral-ostafrika.de/wp-content/uploads/18/AFR-65_5569_2022_If-you-dont-cooperate-Ill-gun-you-down_CRSV-and-impunity-in-South-Sudan_Report_18-May-2022_FINAL-1-1.pdf)

Index: AFR 65/5569/2022

Konfliktbedingte sexuelle Gewalt (Conflict Related Sexual Violence, CRSV) ist ein ständiges Merkmal des Konflikts, der am 15. Dezember 2013 ausbrach und sich nach dem Zusammenbruch des Friedensabkommens von 2015 im Juli 2016 auf die Region Greater Equatoria im Südsudan ausbreitete. Alle Konfliktparteien, ihre verbündeten Milizen sowie eine nichtstaatliche bewaffnete Gruppe, die das 2018 wiederbelebte Friedensabkommen nicht unterzeichnet hat, haben sexuelle Gewalt begangen, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt und ein Kriegsverbrechen darstellt.

CRSV im Südsudan hat seine Wurzeln in Geschlechterungleichheit, der Diskriminierung von Frauen und einer patriarchalischen und militarisierten Gesellschaft, in der Frauen und Mädchen den Männern und Jungen untergeordnet sind.

Im Jahr 2014 brachte der UN-Generalsekretär die Armee, die Polizei, die Sudan People's Liberation Army-In Opposition (SPLA-IO) - die wichtigste bewaffnete Oppositionsgruppe - und andere bewaffnete Gruppen, die im Verdacht stehen, sexuelle Übergriffe zu begehen, oder für Muster sexueller Gewalt in Konfliktsituationen verantwortlich sind, auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrats. Dies führte im Januar 2021 zur Verabschiedung des Aktionsplans für die bewaffneten Streitkräfte zur Bekämpfung von konfliktbedingter sexueller Gewalt im Südsudan (Aktionsplan 2021) durch den Joint Defence Board (JDB) - ein im Rahmen des Friedensabkommens eingerichtetes Gremium, das sich aus Sicherheitsakteuren zusammensetzt.

Am 28. Mai 2021 verlängerte der UN-Sicherheitsrat das Waffenembargo gegen das Gebiet des Südsudan, das er 2018 verhängte und legte die Umsetzung des Aktionsplans 2021 als Maßstab für die Überprüfung des Waffenembargos, die im Mai 2022 erfolgen sollte und wieder um ein Jahr verlängert wurde.

In diesem Bericht legt Amnesty International dar, dass die Säulen vier und fünf des Aktionsplans 2021, die Aktivitäten zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht und des Schutzes von Zeugen, Opfern und Akteuren der Justiz, nicht ausreichend umgesetzt wurden, um die Zielvorgabe zu erfüllen. Die Organisation fordert den UN-Sicherheitsrat auf, das Waffenembargo zu verlängern.

Der Rechtsordnung des Südsudan geht nicht wirksam gegen CRSV vor. Das Strafgesetzbuch von 2008 bleibt unverändert und enthält keine Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit, definiert Vergewaltigung in begrenzter Weise und enthält keine Befehlsverantwortung als eine Form der strafrechtlichen Verantwortlichkeit. Der Südsudan hat die Ratifizierung des Protokolls zur Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker über die Rechte der Frauen in Afrika (Maputo-Protokoll) nicht abgeschlossen und die Afrikanische Charta über die Rechte und das Wohlergehen des Kindes (Afrikanische Kindercharta) nicht ratifiziert.

Die strafrechtliche Verfolgung von Verdächtigen von CRSV ist nach wie vor die Ausnahme und Straflosigkeit die Regel. Eine Handvoll Fälle von sexueller Gewalt, die von staatlichen Sicherheitsakteuren gegen Zivilpersonen begangen wurden, wurden vor Militär- und Zivilgerichten verhandelt, aber diese stehen in keinem Verhältnis zu der hohen Zahl der Fälle. Nach bestem Wissen von Amnesty International wurde kein Fall als Kriegsverbrechen oder Folter verfolgt.

Militärgerichte sind nicht zuständig für Verbrechen gegen Zivilisten, die von der Armee begangen wurden, und es mangelt ihnen an Unabhängigkeit, unter anderem weil der Präsident ein Vetorecht gegen Urteile und Verurteilungen durch Kriegsgerichte hat. Die Untersuchungen von Amnesty International haben keine Hinweise auf Zusammenarbeit zwischen dem zivilen und dem militärischen Justizsystem ergeben, die einen Übergang zur Verfolgung von Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in naher Zukunft ausschließlich von zivilen Gerichten ermöglicht, wie es das südsudanesische Recht vorgeschrieben hat.

Darüber hinaus blockierten die südsudanesischen Behörden weiterhin die Einrichtung des Hybridgerichtshofs für den Südsudan (Hybrid Court for South Sudan, HCSS) und versäumten somit, eine weitere Möglichkeit für die Rechtsprechung für Überlebende außerhalb der nationalen Gerichte zu schaffen.

Amnesty International fordert die südsudanesischen Behörden auf, die Vereinbarung über die Absichtserklärung für den HCSS zu unterzeichnen und fordert den Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union (AU PSC) auf, an die südsudanesischen Behörden zu appellieren, den HCSS einzurichten.

Amnesty International fand keine Hinweise auf nennenswerte Fortschritte beim Schutz der Opfer, Zeugen und Justizakteuren. Dieser Mangel an Schutz erstreckt sich auch auf Menschenrechtsverteidiger, die mit geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und CRSV arbeiten. Amnesty International fordert die südsudanesischen Behörden auf ein Opfer- und Zeugenschutzprogramm einzurichten, und der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zu geben, frei zu agieren, sich kritisch zu äußern und CRSV zu dokumentieren und zu untersuchen.

Die Recherchen von Amnesty International haben ergeben, dass Kopien des Aktionsplans 2021 nicht leicht zugänglich sind und die Überlebenden und die meisten befragten Mitglieder der Zivilgesellschaft so gut wie nichts darüber wissen. Amnesty International fordert die Regierung des Südsudan dringend auf, den Aktionsplan 2021 über die Streitkräfte hinaus bekannt zu machen und die sinnvolle Beteiligung von Überlebenden an der Umsetzung und Überwachung des Aktionsplans 2021 sicherzustellen.

Die Prävalenz von CRSV ist schwer abzuschätzen, da sexuelle Gewalt aufgrund von Angst und Stigmatisierung in der Regel nicht gemeldet wird. Amnesty International befragte 13 Überlebende von CRSV und dokumentierte zwei Fälle von sexueller Gewalt, die möglicherweise mit Konflikten zusammenhängt, darunter Vergewaltigung, Gruppenvergewaltigung und sexuelle Sklaverei. Zu den Tätern gehörten Regierungssoldaten, ein Mitglied des Nationalen Sicherheitsdienstes (NSS), Mitglieder nicht-staatlicher bewaffneter Gruppen und nicht identifizierte bewaffnete und unbewaffnete Männer, darunter auch Teenager. Die Fälle wurden zwischen 2016 und Februar 2022 aufgenommen.

Die Identifizierung von Überlebenden von CRSV durch Amnesty International, deren Fälle undokumentiert waren, trotz zahlreicher Berichte über CRSV in der Region Greater Equatoria seit Juli 2016, unterstreicht, dass das Ausmaß dieser Verbrechen größer ist als das, was bisher dokumentiert wurde. Es besteht nach wie vor ein akuter Bedarf für umfassende und wirksame Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen sowie für eine ganzheitliche Reaktion der Regierung den vielfältigen Bedürfnissen der Opfer gerecht zu werden.

Dieser Bericht zeigt auch auf, dass Waffen eingesetzt werden, um CRSV zu erleichtern. Neun Überlebende von CRSV berichteten Amnesty International, dass die Täter sie mit vorgehaltener Waffe vergewaltigten und drohten, sie oder ihre Verwandten mit der Waffe zu töten, wenn sie nicht einwilligen würden.

CRSV hat weitreichende Folgen für die körperliche, sexuelle, reproduktive und psychische Gesundheit der Überlebenden. Überlebende berichteten Amnesty International, dass sie sich deprimiert fühlten und Schlafprobleme hatten. Überlebende beschrieben auch das Stigma, das mit CRSV verbunden ist und das ein erhebliches Hindernis für eine Anzeige darstellt. Dies hindert sie daran, wichtige Dienste in Anspruch zu nehmen und Gerechtigkeit zu suchen. Die Regierung des Südsudan hat viel zu wenig in die Gesundheitsdienste investiert, und die Dienste werden fast ausschließlich von Nichtregierungsorganisationen (NRO) angeboten. Trotz des Bedarfs sind die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Diensten für psychische Gesundheit sowie psychosozialen Diensten nach wie vor äußerst begrenzt.

Amnesty International fordert die Regierung des Südsudan dringend auf sich zur Abuja-Erklärung zu bekennen und schrittweise mindestens 15 Prozent des Staatshaushalts für Gesundheit auszugeben.

Was die Bemühungen der Regierung zur Bekämpfung von CRSV anbelangt, so konzentriert sich der Bericht auf zwei Säulen des Aktionsplans 2021 und konzentriert sich auf die Bewertung der Bemühungen der südsudanesischen Regierung, CRSV zu verfolgen und Überlebende, Zeugen und Justizakteure zu schützen.

Der Bericht basiert auf 65 Interviews. 30 Interviews wurden geführt in Februar und März 2022 im südsudanesischen Bundesstaat Central Equatoria mit Familienangehörigen von Überlebenden, Mitgliedern der südsudanesischen Zivilgesellschaft, die sich mit CRSV beschäftigen, Ärzten, die Überlebende sexueller Gewalt behandelt haben, religiösen Führern, Rechtsanwälten, einem Staatsanwalt, einem Richter, einem Mitglied der South Sudan People's Defence Forces (SSPDF), internationale NRO- und UN-Mitarbeiter, die im südsudanesischen Justizsektor und/oder im Bereich CRSV und sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt (SGBV) arbeiten. Amnesty International befragte außerdem 35 vom Konflikt betroffene Frauen und Mädchen befragt und begutachtete Dokumente wie Gerichtsurteile, Befehlsanweisungen, Resolutionen, allgemeine Kommentare, Gesetze und Konventionen, den Aktionsplan 2021, Medienartikel, und Berichte der Vereinten Nationen (UN), der Afrikanischen Union (AU) und von Organisationen der Zivilgesellschaft.

Die Empfehlungen des Berichts beinhalten die Wünsche der von Amnesty International befragten Überlebenden von CRSV.

Amnesty International wandte sich am 18. April 2022 schriftlich an die südsudanesische Regierung, um ihr die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung mitzuteilen und sie um eine Antwort zu bitten. Das Ministerium für Gender, Kinder und Soziales antwortete am

26. April 2022 - die Antwort wird im Bericht wiedergegeben. Alle anderen Schreiben blieben zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts unbeantwortet.

Zu diesem Bericht hat unsere Gruppe eine **Petition** an den Präsidenten des Südsudan entworfen, die ihr gerne unterstützen könnt :

<https://amnesty-zentral-ostafrika.de/wp-content/uploads/18/Petition-Suedsudan-2022-ENG.pdf>

**Gute Nachrichten! Magai Matiop Ngong wurde am 22. März 2022 freigelassen.**

**Magai war 15 Jahre alt, als er im Südsudan zum Tode verurteilt wurde. Mehr als 765.000 Menschen auf der ganzen Welt forderten im Rahmen des**[**Amnesty Briefmarathons**](https://www.amnesty.at/mitmachen/kampagnen/briefmarathon/)**von Präsident Salva Kiir, das Todesurteil aufzuheben. Mit Erfolg!**

ALS MINDERJÄHRIGER IM TODESTRAKT

Magai Matiop Ngong war ein 15-jähriger Sekundarschüler, als er am 14. November 2017 wegen Mordes, von dem er sagt, es sei ein Unfall gewesen, zum Tod durch den Strang verurteilt wurde. Er verbrachte zwei Jahre und acht Monate im Todestrakt – zwei Jahre und einen Monat davon als noch Minderjähriger. Seine Verurteilung und sein Verbleib in der Todeszelle, als er noch ein Kind war, stellten einen klaren Verstoß gegen die Verpflichtungen des Südsudans nach sudanesischem Recht und den internationalen Menschenrechtsnormen dar. Artikel 37(a) des Übereinkommens über die Rechte des Kindes, dem der Südsudan beigetreten ist, legt fest, dass “weder die Todesstrafe noch eine lebenslange Freiheitsstrafe ohne die Möglichkeit der Freilassung für Straftaten verhängt werden, die von Personen unter achtzehn Jahren begangen wurden”. Artikel 21 (2) der südsudanesischen Verfassung von 2011 verbietet die Verhängung der Todesstrafe “gegen eine Person unter achtzehn Jahren”.

Das südsudanesische Berufungsgericht hat am 14. Juli 2020 entschieden, das gegen Magai Matiop Ngong verhängte Todesurteil aufzuheben, weil er zum Zeitpunkt des Verbrechens ein Kind war. Der Fall wurde an den Hohen Gerichtshof zurückverwiesen, damit dieser über ein angemessenes Urteil entscheidet. **Magai wurde am 29. Juli 2020 aus dem Todestrakt entlassen. Nun ist er seit 22. März 2022 wieder in Freiheit.**

TODESSTRAFE MUSS ENDLICH ABGESCHAFFT WERDEN

Der Fall von Magai Matiop Ngong ist nicht der erste im Südsudan, bei dem die Todesstrafe gegen ein Kind verhängt wurde. Im Jahr 2017 wurden zwei Menschen für Verbrechen hingerichtet, die sie im Alter von unter 18 Jahren begangen hatten. Im Jahr 2018 wurde mindestens eine Person, die zum Zeitpunkt des Verbrechens ein Kind war, im Zentralgefängnis von Wau gehängt. Am 30. September 2019 richteten die Behörden einen Mann durch Erhängen ebenfalls im Zentralgefängnis von Wau hin. Er war vom Obersten Gericht im Bundesstaat Lakes wegen Mordes verurteilt worden und am 10. September 2015 zum Tode verurteilt worden, als er etwa 17 Jahre alt war. Nun löste der Fall von Magai Matiop Ngong eine Debatte über den Einsatz der Todesstrafe gegen Minderjährige im Südsudan aus – eine seltene und äußerst positive Entwicklung.

Amnesty International begrüßt die Entscheidung des Obersten Gerichts im Bundesstaat Ost-Äquatoria, Magai Matiop Ngong freizulassen und ruft die südsudanesische Regierung auf, das nationale und internationale Recht vollständig einzuhalten, das die Anwendung der Todesstrafe gegen Personen verbietet, die zum Zeitpunkt des Verbrechens unter 18 Jahre alt waren. Die Behörden müssen diese grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe endgültig abschaffen.

Im Jahr 2021 ist die Anzahl der Hinrichtungen im Vergleich zum Vorjahr von 2 auf 9 angestiegen.

1. [↑](#footnote-ref-1)
2. [↑](#footnote-ref-2)
3. [↑](#footnote-ref-3)
4. [↑](#footnote-ref-4)
5. [↑](#footnote-ref-5)
6. [↑](#footnote-ref-6)
7. [↑](#footnote-ref-7)
8. [↑](#footnote-ref-8)
9. [↑](#footnote-ref-9)
10. [↑](#footnote-ref-10)
11. [↑](#footnote-ref-11)
12. [↑](#footnote-ref-12)
13. [↑](#footnote-ref-13)
14. [↑](#footnote-ref-14)
15. [↑](#footnote-ref-15)
16. [↑](#footnote-ref-16)
17. [↑](#footnote-ref-17)
18. [↑](#footnote-ref-18)
19. [↑](#footnote-ref-19)
20. [↑](#footnote-ref-20)
21. [↑](#footnote-ref-21)
22. [↑](#footnote-ref-22)
23. [↑](#footnote-ref-23)
24. [↑](#footnote-ref-24)